An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Nebr., Dienstag, den 2. Dezember 1919 8 Seiten—No. 226

Nebraska State Historical Society

Ende des Streiks ist unabsehbar

Grubenleute werden nur nach Bewilligung einer 31-prozent. Lohnerhöhung die Arbeit wieder aufnehmen; Bahnangestellte drohen.

8,000 Fabriken in Chicago erhalten keine Kohle.

Washington, 2. Dez.—Die Regierung harrt immer noch, daß die streikenden Kohlengräber unter den von Garfield festgesetzten Lohnsätzen zur Arbeit zurückkehren werden. Ein neuer Erlaß bezüglich Kohlenersparnis wird binnen kurzem erwartet; zu diesem Zweck wird Herr Garfield heute mit dem Generalbundesanwalt Palmer eine Konferenz haben. Garfield hat die Bahnadministration ersucht, unwesentliche Industrien nicht mit Heizmaterial, Licht und Elektrizität zum Betrieb ihrer Fabriken zu versorgen. Von den kleineren Kohlenhändlern, sagt Garfield, wird erwartet, daß sie bei Kohlenlieferungen sorgfältig verfahren und darauf achten sollen, daß nur in notwendigen Fällen Kohlen geliefert und möglichst gleichmäßig verteilt werden sollen. Staats-, County- und städtische Behörden sind ersucht, den Kohlenhandel zu überwachen, die Bahnadministration aber wird den Großhandel kontrollieren. Bis zur Beendigung des Streiks sind Kohlenkonsumenten in fünf Klassen eingeteilt, die in nachstehender Reihenfolge Kohlen erhalten sollen: Eisenbahnen, Haushalt, einschließlich Hotels, Hospitäler und öffentliche Gebäude; Armee und Marine; öffentliche Nutzbarkeiten, darunter Produzenten und Fabrikanten von Nahrungsmitteln.

Streiker bleiben fest.

Chicago, 2. Dez.—Berichte aus den Weichkohlegebieten lassen erkennen, daß die Streiker der Aufforderung der Grubenbesitzer, die Arbeit bei einer Lohnerhöhung von 14 Prozent wieder aufzunehmen, keine Beachtung schenken. In Indiana, Iowa, Illinois und Ohio ist kein Streiker zur Arbeit zurückgekehrt. Im ganzen Mittelwesten werden Fabriken infolge der Kohlennot zur Untätigkeit gezwungen; die Kriegszeit-Kohlenbeschränkung ist wieder in Kraft; nur solche Industrien erhalten Kohlen, deren Erzeugnisse zum Lebensunterhalt des Volkes nötig sind. Alle Theater, Kirchen, Schulen, usw. im Mittelwesten werden Ende der Woche geschlossen sein. In vielen Städten und Ortschaften dieses bereits der Fall. In Chicago allein wird 8000 Fabriken Kohlenbedarf abgeschnitten werden, dadurch werden 300,000 Personen deren wöchentliches Einkommen auf zusammen $6,000,000 beläuft, arbeitslos.

Cleveland, O., 2. Dez.—Keiner der Streiker in Ohio ist gewillt, unter dem Vorschlag des Brennstoffverwalters Garfield die Arbeit wieder aufzunehmen. Unionbeamte in Akron, O., sagen, daß keine der gegen 10,000 Grubenleute der Forderung, die Arbeit wieder aufnehmen, nachkommen. Dieses gilt auch von Bridgeport, in welchem Ort 13,000 Grubenleute am Werk sind.

Gehen auf 31 Prozent Erhöhung.

Springfield, Ill., 2. Dez.—John Lewis, Präsident der Grubenleute, sagte, daß der Streik nur auf Grund einer Lohnerhöhung von 31 Prozent beigelegt werden könne. „Die Regierung hat den Streikern anfänglich einen Lohnaufschlag von 14 Prozent versprochen, und sie muß nunmehr ihr Wort einlösen", erklärt Lewis. „Die Grubenleute sind nicht willens, sich mit der angebotenen Lohnzulage von 14 Prozent einverstanden zu erklären."

Drohung der Eisenbahner.

Pittsburg, Kas., 2. Dez.—Die Bruderschaft der Lokomotivführer, Heizer, Kondukteure und Zugbediensteten nahmen in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung Resolutionen an, in welchen sie Protest gegen das an sie gestellte Ansinnen erheben, Kohle zu befördern, die von Nicht zur Union gehörenden Arbeitern in den Bergwerken Kansas' gefördert wird. Auch protestierten sie gegen die Maßnahme des Gouverneurs Allen, der Truppen in das Kohlengebiet gebracht hat. Sie fragten bei ihren Großbeamten an, ob sie verpflichtet wären, unter den obwaltenden Verhältnissen Kohlenfracht zu befördern.

Inzwischen ist die Arbeit in mehreren Bergwerken Kansas durch Freiwillige aufgenommen worden.

Jahresbericht des Generals Crowder

Washington, 2. Dez.—Der Judge Advocate der Armee, Generalmajor Enoch Crowder, hat seinen jährlichen Bericht eröffnet. Er nimmt darin keinen besonderen Bezug auf die Angriffe seiner Verwaltung durch den früheren Brigadegeneral Samuel T. Ansell, seinen ehemaligen Assistenten, gibt aber in einem Anhang lange Statistiken, die dazu dienen sollen, die Anschuldigungen der übergroßen Strenge der Kriegsgerichte zu entkräften. Während des letzten Verwaltungsjahres wurden 16,547 Personen vor das Kriegsgericht gestellt und 85 Prozent schuldig befunden. Unter den Anklagen gegen Offiziere lauteten über ein Drittel auf Trunkenheit, viele auf Abwesenheit ohne Urlaub und auf unwürdiges Betragen. In den Fällen der Mannschaften waren die Hälfte der Anklagen gestellt wegen Desertierung, ferner viele wegen Abwesenheit ohne Urlaub, Ungehorsam und Schlafens auf Posten.

Der Bericht macht zum erstenmal die „Kapital"-Fälle bekannt, die in der Armee seit dem 16. April, dem Beginn des Krieges, vorgekommen sind. Bis zum 30. Juni 1919 wurden 145 Todesurteile verhängt und 35 Todesstrafen vollzogen, zehn in Frankreich und 25 in den Ver. Staaten. In 2 der Fällen lautete die Anklage auf Mord, in 19 auf Mord und Aufruhr, in 11 auf Angriff, und in 3 auf Angriff und Mord. „In keinem Fall," sagt der Bericht, „wurde die Todesstrafe wegen eines rein militärischen Verbrechens vollzogen."

Deutschland will nichts mehr hergeben

Berlin, 2. Dez.—Es wird halboffiziell erklärt, daß Deutschland der Forderung der Alliierten, Docks, Dampfbaggers und anderer Schiffsfazilitäten als Ersatz für die versenkte deutsche Flotte nicht nachgeben wird.

Ministerwechsel in Schweden.

Stockholm, 2. Dez.—Der Minister des Innern Schotte und Kultusminister Reyden sind infolge der von der Presse gegen sie erhobenen Vorwürfe zurückgetreten. Beide Minister waren Aktionäre der Svenska Import Company, die kürzlich bankerott ging.

Vorarlberg will zur Schweiz.

Paris, 2. Dez.—In der Eröffnungssitzung des Vorarlberger Landtages wurde nur über den Anschluß an die Schweiz verhandelt, wie eine Meldung aus Bregenz besagt.

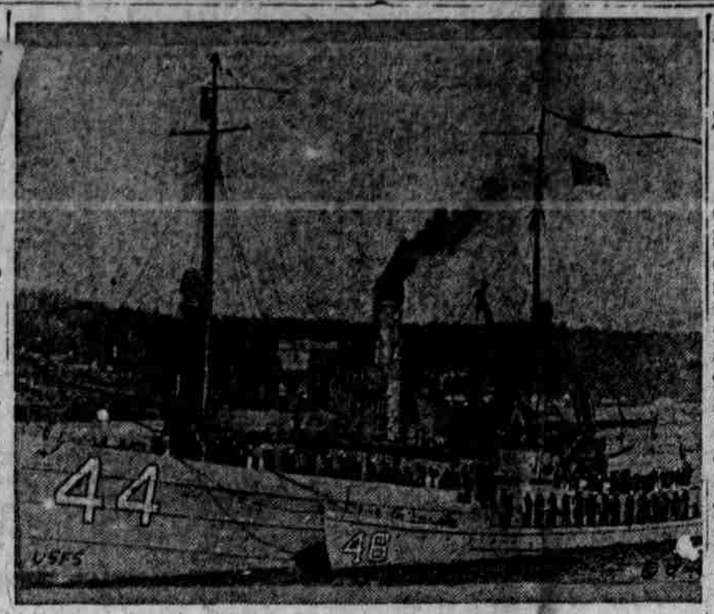
Der Gouverneur erklärte, 90 Prozent der Bevölkerung habe sich für den Anschluß an die Schweiz ausgesprochen, Listen von Schweizern, die den Anschluß befürworten, sind in der Schweiz im Umlauf und finden viele Unterschriften.

Schnapsmarder plündern Sioux Falls.

Sioux Falls, 2. Dez. — In den letzten Wochen hat eine organisierte Bande von Schnapsmardern geistige Getränke im Werte von $7500 aus den verschiedenen Kellern von Sioux Falls gestohlen. Den Räderführer der Gauner, einen Mann namens Vern Marshall hat man verhaftet. Dieser weigert sich standhaft, die Namen seiner Komplizen zu verraten.

Stahlmagnat Frick gestorben.

New York, 2. Dez. — Andrew Frick, Mitglied der United States Steel Corporation, ist gestorben. Die Beerdigung findet nächsten Donnerstag statt. Er hinterläßt einen Sohn und eine Tochter.



Minenfeger der Selbstmord-Schwadron.

Neunundfünfzig Schiffe der Minenfeger-Flotille der Vereinigten Staaten, unter Admiral Strauß, sind von ihrer gefährlichen Mission zurückgekehrt, nachdem sie einen Teil der Nordsee von über 50,000 Minen gereinigt hatten. Seitens der Marine-Behörden wurde ihnen ein großartiger Empfang zuteil.

Verfassungs-Konvent heute eröffnet

Wilbur Bryant will den Kampf gegen die Parochialschulen von neuem eröffnen.

Lincoln, Nebr., 2. Dez.—Die Verfassungskonvention von Nebraska wurde heute mittag formell eröffnet. Die Delegaten aus allen Teilen des Staates sind nahezu vollständig erschienen. Die Konvention wird sich erst temporär organisieren, worauf dann die permanente Organisation erfolgt.

Es werden unter den Delegaten zur Verfassungskonvention wieder Stimmen gegen die Parochialschulen laut. Weshalb, ist schwer zu begreifen, außer es geschieht aus Fremdenhaß und Rachsucht.

Letztere scheint das Motiv des Delegaten Wilbur C. Bryant aus Cedar County zu sein, der laut dem Journal die Erklärung abgab, er würde dafür sorgen, daß in der Verfassung nur ein Schulsystem geduldet werde. Das Journal sagte, er tue das aus Rache, weil ihn die Katholiken in der letzten Wahl bekämpft hätten. Bryant wurde in einem sogenannten „dreieckigen" Wahlkampf erwählt. In Cedar County wurde er geschlagen, in Knox County dagegen erhielt er eine so große Mehrheit, daß er die Minderzahl der Stimmen in Cedar County auswischte.

Auch in der Sprachenfrage beginnt sich wieder Agitation zu zeigen, doch verlautet, daß man vorerst die Entscheidung des Obergerichts im Simanprozeß abwarten will, bevor ein neuer Vorstoß gewagt werden soll. Eine Anzahl Delegaten, so schreibt das oft wohlunterrichtete „Journal", sei in der Sprachenfrage für Freiheit und begünstige Religionsunterricht in fremden Sprachen und fremdsprachlichen Unterricht in den Schulen bis zum 6. Grad. Es ist also notwendig, daß die Bürger auf die Verfassungskonvention ein wachsames Auge richten.

Aus dem Staate.

Hemingford, Nebr., 2. Dez.—Ein hiesiger junger Neger schloß den Kassierer der Marsland Bank in das Sicherheitsgewölbe der Bank ein und plünderte die Bank. Erst nach einer Stunde wurde der Kassierer erlöst. Der Schwarze wurde etwa vier Meilen südlich von Marsland eingefangen, und das Geld noch in seinem Besitz vorgefunden.

Lincoln, Nebr., 2. Dez.—Nach einer Konferenz zwischen der Brennstoffverwaltung und dem Direktorium der Staatsuniversität wurde beschlossen, letztere auch fernerhin offen zu halten, jedoch die Unterrichtsstunden zu verkürzen. Die Universität hat einen Kohlenvorrat von gegen 300 Tonnen und gebraucht täglich 30 bis 40 Tonnen.

Lincoln, 2. Dez.—Vertreter der Lincoln Traction Co. erschienen vor der staatlichen Eisenbahn-Kommission mit dem Verlangen, die Fahrpreise für Passagiere der Lincoln Straßenbahnen von 6 Cents auf 7 Cents zu erhöhen. Vor nicht langer Zeit verordnete das Bundesgericht in Council Bluffs eine Preiserhöhung von 5 Cents auf 6 Cents und befahl der Gesellschaft, eine Wertschätzung ihres Eigentums als Basis für eine endgültige Festlegung der Fahrpreise einzureichen. Letzteres ist noch nicht geschehen.

Streben Frieden mit Ungarn an

Die neue ungarische Regierung paßt dem Obersten Rat; Amerikaner zum Bleiben genötigt.

Paris, 2. Dez.—Der Oberste Rat der Friedenskonferenz beschloß gestern, einen Versuch zu machen, mit der neuen Regierung Ungarns ein Friedensabkommen zu treffen. Die französischen Vertreter der Friedenskonferenz haben in die amerikanischen Delegaten gedrungen, ihre Abreise so lange zu verschieben, bis das auf den Frieden mit Deutschland Bezug habende Friedensprotokoll unterzeichnet ist. Dasselbe sollte gestern geschehen, jedoch liegt noch nichts vor, das auf die Absicht der deutschen Regierung, das Protokoll zu unterschreiben, schließen lassen könnte. In demselben sollen sie Garantie leisten, die den Deutschen auferlegten Waffenstillstandsbedingungen auszuführen.

Der Oberste Rat hat sich auf die Abfassung der Note geeinigt, die der deutschen Regierung wegen Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen zugehen wird. Der Inhalt der Antwort wird noch geheim gehalten.

Villa nimmt Rache für Angeles

Ein Regiment Regierungstruppen wird von Banditen überfallen und vernichtet.

El Paso, Texas, 2. Dez.—Kaum 24 Stunden nach der Hinrichtung des gefangenen Rebellen-Generals Felipe Angeles durch die Carranza-Truppen fiel eine Schar von 1,000 bis an die Zähne bewaffneten Villaisten wie ein Haufen losgelassener Dämonen über das 18. Bundestruppen-Regiment her, das sich in einer Stärke von 676 Mann auf dem Rancho Espejo, 21 Meilen südlich von Rosalia, Chihuahua, einquartiert hatte, und vernichtete es vollständig. Nur zwei Offiziere entkamen, die Kunde von dem Blutbad anzusagen. Die Nachricht wurde hier durch Dr. Gomez, einen naturalisierten Amerikaner, der als einer der vertrauten Freunde des erschossenen Rebellen-Führers dessen letzte Stunden mit ihm teilte, verbreitet. Dr. Gomez will den Sachverhalt von den entkommenen mexikanischen Offizieren selbst vernommen haben. Alle Berichte über das Massacre sind nach seiner Aussage von der mexikanischen Regierung unterdrückt worden. Die Erzählung des Dr. Gomez wird durch einen zweiten Ankömmling von Chihuahua, den amerikanischen Handels-Agenten Perez, bestätigt, der als Augenzeuge den herzzerreißenden Trauerkundgebungen der Witwen und Waisen der gefallenen Carranzisten beiwohnte. Perez behauptet, daß Villa, weit entfernt davon unterlegen zu sein, nach zuverlässigen Mitteilungen im nördlichen Mexiko eine wohlbewaffnete Armee von über 3,000 Mann um sich geschart hätte, und daß die Bevölkerung der mexikanischen Nordstaaten allgemein glaube, daß das Blutbad von Rancho Espeja nur der Anfang eines neuen Feldzuges sei.

Die aufsehenerregenden Neuigkeiten finden trotz der offiziellen Verneinung der mexikanischen Behörden in den Grenzdistrikten unbedingten Glauben.

Kohlennot im Staate Nebraska

In nördlichen Counties erhöht Kälte und Schneefall die Notlage.

Lincoln, 2. Dez.— Die nördlichen Counties im Staat Nebraska fühlen die Kohlennot mehr als irgend eine andere Gegend des Staates. Die niedrige Temperatur (stellenweise steht das Thermometer unter dem Nullpunkt) und der anhaltende Schneefall erhöhen die Gefahren der Lage. Im Kapitol wird berichtet, daß die Staatsinstitutionen im westlichen Teil des Staates noch einen Kohlenvorrat für etwa zwei Wochen haben. Hierbei gehören die Asyle von Hastings und Norfolk, und die Verbesserungsanstalt für Knaben in Kearney. Das Staatsgefängnis hat nur noch Kohlen für zwei Tage. Das Soldatenheim in Milford ist zur Genüge versehen, aber das Mädchen-Asyl daselbst leidet an Kohlenknappheit.

Die Chicago und Northwestern hat 200 Waggonladungen voll Kohlen auf ihrer Strecke zwischen Omaha und Long Pine, die sie verteilt, wo die Not am größten ist. Die Bahn hat für die genannte Strecke nur noch Kohlen zum eigenen Gebrauch für 10 Tage, und wird möglicherweise für Privatgebrauch bestimmte Kohlen zu ihrem eigenen Besten konfiszieren müssen. Ein Farmer in der Nähe von Long Pine sah sich gezwungen, Fenzpfosten zum Preise von 25 Cents das Stück als Brennmaterial zu kaufen.

In Kearney glaubt man mit Kohlen so gut versehen zu sein, daß außer dem Verbot öffentlicher Zusammenkünfte, Gottesdienste einbegriffen, noch keinerlei Einschränkungen verfügt worden sind.

In Fremont herrscht Mangel an Weichkohlen, aber Hartkohlen sind in hinreichender Menge vorhandn. Wasser- u. Lichtanlage sind noch auf zwei Wochen versehen. Die Schulen sind noch nicht geschlossen.

In Valentine, der kältesten Stadt Nebraskas, ist die Lage kritisch. Die vorhandenen Vorräte dürften nur für zwei oder drei Tage reichen. Zufuhr ist nicht in Sicht. Die anderen Städte in Cherry County stehen sich nicht viel besser.

In Nebraska City sind die Schulen und die Bibliothek geschlossen, ein System der Kohlenverteilung ist eingeführt worden. Wasser- und Lichtanlage haben noch Brennstoff für drei Wochen.

In Norfolk beabsichtigt man, alle unwesentlichen Anlagen zu schließen. Die Schulen können mit ihrem Vorrat noch 30 Tage auskommen und werden einstweilen noch nicht geschlossen.

Stanton berichtet, daß keine Brennmaterialien mehr vorhanden sind; doch wird eine Waggonladung für Dienstag erwartet.

In Long Pine lebt man von der Hand in den Mund. Die Kohlen werden in den kleinsten Quantitäten von der Northwestern ausgegeben. Reserven sind nicht vorhanden.

In Beatrice wird man die Schulen bis Weihnachten offen halten. Industrie und Geschäftshäuser arbeiten mit verkürzten Stunden. Theater sind bis 9 Uhr geöffnet.

Hastings hat alle Vergnügungs-Lokale und unwesentlichen Geschäfte geschlossen. Schulen und verwandte Anstalten werden nächste Woche schließen. Geschäftshäuser sind bis um 9 Uhr 30 geschlossen. Die Lichtanlage kann noch 10 Tage mit ihrem Vorrat auskommen. Die Kohlenhändler haben noch gegen 300 Tonnen auf Lager.

Kriegs-Prohibition in Kentucky bleibt

Cincinnati, 2. Dez.—Ein gerichtlicher Befehl zur Außerkraftsetzung aller zeitweiligen Einhaltsbefehle gegen die Ausführung des Kriegsprohibitionsgesetzes für den westlichen Distrikt von Kentucky wurde am Montag abend vom Bundeskreisgericht für Berufungen ausgestellt. Dieser Befehl annulliert den vom Richter Evans im Bundeskreisgericht zu Louisville erlassenen Einhaltsbefehl, nach welchem Spirituosenhändler ermächtigt wurden, ihren besteuerten Vorrat zu verkaufen.

Oesterreichisch-serbischer Frieden in Sicht.

Paris, 2. Dez.—Daß Serbien bereit sei, den Friedensvertrag mit Oesterreich zu unterzeichnen, glaubt man aus der Ankunft des serbischen Regenten, Prinzen Alexander, schließen zu können.

Vertrauensvotum für Italiens Regierung

Der König von Italien bekennt sich in seiner Thronrede zu dem Programm der katholischen Partei; tadelt Friedensvertrag.

Sozialisten erleiden mit ihrem Putsch Reinfall.

Rom, 2. Dez. (United Preß.) Die italienische Presse begrüßt die Thronrede des Königs von Italien in der Deputiertenkammer als eine vollständige Rechtfertigung der Haltung der Regierung während der Friedenskonferenz. Die Zeitung Corriere d'Italia schreibt, daß das Mißlingen der geplanten Demonstration der Radikalen als eine Ablehnung des Radikalismus seitens des Volkes zu bezeichnen ist. Kaum hatten die Sozialisten die Deputiertenkammer verlassen, als sich eine große Loyalitätsdemonstration der Anwesenden kundgab; dieselbe, sagt die genannte Zeitung, galt nicht nur dem Königspaar, sondern war eine ausgesprochene Kundgebung gegen den Sozialismus.

Die Rede des Königs steht in vollem Einklang mit dem Programm der katholischen Partei; dieses, so sagt die genannte Zeitung, gilt besonders von jenem Teil derselben, in welchem der Vertrag zu Versailles getadelt wurde.

Die Tribuna sagt: „Die ganze Nation zollt der Thronrede Beifall; sogar die Sozialisten hätten derselben, würden sie zugegen gewesen sein, Beifall gezollt, denn der König sagte, „wir wollen Frieden, nicht nur durch einen Vertrag, sondern auch indem wir allen unseren Bürgern Gerechtigkeit widerfahren lassen." Dadurch hat der König den Gefühlen im Lande beredten Ausdruck verliehen."

Die Idea Nazionale legt die Thronrede dahin aus, daß Italien nicht die vollen Früchte des Sieges geerntet habe, und wird den Kampf um den Besitz des Adriatischen Gebiets fortsetzen.

Alles in allem genommen, ist die Regierung geneigt, den gestrigen Tag als einen großen Sieg für sich zu betrachten. Die geplante große Demonstration der Radikalen und Sozialisten ist fehlgeschlagen. Vor dem Parlamentsgebäude hatten sich kaum 500 Sozialisten eingefunden, und diese verschwanden, als das Volk sich in Kundgebungen für den König erging. Die sozialistischen Abgeordneten weigerten sich anfänglich, den Treueid der Krone gegenüber abzulegen, besonnen sich später aber und leisteten den Schwur unter Protest.

Wichtige Gesetzesvorschläge im Kongreß

Organisationen für gemeinschaftliche Verhandlungen sollen gestattet werden.

Washington, 2. Dez.—Die erste dem Hause eingereichte Gesetzesvorlage, eingebracht von Kendall, Pennsylvania, beantragt, den Waffenstillstandstag, 11. Nov., zu einem nationalen Feiertag zu erheben.

Eine vom Repräsentanten Kelly, Pennsylvania, eingereichte Gesetzvorlage garantiert allen Angestellten solcher Gesellschaften, die zwischenstaatlichen Handel betreiben, das Recht, sich zum Zweck gemeinschaftlicher Unterhandlungen zu Verbänden zu organisieren.

Pariser Schriftsetzer verlieren Streik

Paris, 2 Dez.—Die organisierten Arbeiter in Frankreich haben die erste bedeutendere Niederlage seit dem Kriege zu verzeichnen, da die Schriftsetzer in Paris ihren Streik beendeten und zur Arbeit zurückkehrten. Die Not zwang sie dazu, da ihre Mittel erschöpft waren. Der Streik hatte 20 Tage gedauert. Um den Streik zu bekämpfen, hatten die Herausgeber aller größeren nichtsozialistischen Zeitungen sich zusammengetan und eine einzige Zeitung „Presse de Paris" erscheinen lassen, die eine Auflage von 5,000,000 Exemplaren hatte. Als Organ der Sozialisten und Arbeiterorganisationen erschien „Feuille Commune" mit einer Zirkulation von 1,000,000.

Die Zeitungsherausgeber waren willens, von der Herausgabe ihrer Blätter auf unbestimmte Zeit abzusehen, da, wie sie sagten, ihre Profite wegen Rückgang der Anzeigeneinnahmen und der hohen Preise des Papiers auf das Mindestmaß zurückgegangen sind.

Vertagung des Arbeiter-Kongresses

Washington, 2. Dez.—Nach einmonatlicher ununterbrochener Arbeit hat sich der erste internationale Arbeiter-Kongreß in Washington vertagt. Die nächste Sitzung wird von der Direktorenbehörde einberufen werden.

Kurz vor der Vertagung nahm der Kongreß eine Resolution an, welche bestimmt, daß Frauen für die durch das Wochenbett verlorene Zeit entschädigt werden; dies bezieht sich sowohl auf Frauen in geschäftlicher, als auch in industrieller Tätigkeit. Die Konvention wird den verschiedenen Regierungen zur Ratifizierung unterbreitet werden.

Die ursprüngliche Fassung der Konvention wurde dahin amendiert, daß die Frauen vom Staat oder „durch eine Art Versicherung" entschädigt werden sollen.

Rücktritt des spanischen Ministeriums.

Paris, 2. Dez.—Nach hier eingetroffenen Depeschen von Madrid hat das spanische Ministerium unter Sanchez Toca seinen Rücktritt angezeigt.

Fürchten Bankerott Deutschland's

Basel, 2. Dez.—In schweizerischen Finanzkreisen wächst die Angst vor der Möglichkeit eines Staatsbankerotts in Deutschland. In deutschen Zeitungen werden hervorragende Kapitalisten zitiert, die als die einzige Möglichkeit, den finanziellen Zusammenbruch abzuwenden, die Bankerotterklärung des Deutschen Reiches empfehlen.

Laboriten für Irland's Freiheit

Washington, 2. Dez.—James Sexton, ein Vertreter der Arbeiterpartei im Parlament, hat den Direktor des Irish National Bureau Daniel T. O'Connell in Kenntnis gesetzt, daß die britische Arbeiterpartei volle politische Unabhängigkeit für die Irländer befürworte.

Will Thron nehmen, es eilt aber nicht

Berlin, 2. Dez. — Fürst Ludwig Windischgrätz, früher österreichischer Minister ohne Portefeuille und ein naher Freund des früheren Kaisers Karl, sagte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Lokalanzeigers, er glaube nicht, daß jemand in Ungarn zu finden sei, der bei den jetzigen Zuständen den Thron annehmen würde. Falls aber die Entente einen König anerkennen sollte, so wäre es Karl. Der Fürst versicherte, daß Karl die Wahl annehmen wird, wenn die Nationalversammlung einen König verlangt.

Tuberkelserum verkauft.

Berlin, 2. Dez.—Dr. Friedmann hat sein Lungenheilserum an zwei hervorragende sozialdemokratische Kapitalisten zu 700,000 Mark verkauft.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend—Etwas wärmer am Mittwoch.

Für Nebraska — Schön heute Nacht und Mittwoch. Nicht so kalt Mittwoch im Norden und Westen des Staates heute Abend und Mittwoch.

Für Iowa — Im allgemeinen schön heute Nacht und Mittwoch, anhaltend kalt heute Abend. Nicht so kalt am Mittwoch.